

der Sackgasse einer total verfahrenen Politik zu befreien. Aber stünde es einer sozialdemokratischen Partei nicht besser an, auf grobe Beleidigungen und Verleumdungen zu verzichten, unseren sachlichen Argumenten auch sachlich zu begegnen und dadurch zum Abbau des kalten Krieges und zur Annäherung in Deutschland beizutragen?

Wir wollen dem Parteivorstand der SPD nicht mit gleicher Münze heimzahlen. Von der Zwietracht der deutschen Arbeiterparteien haben stets allein die Feinde unseres Volkes profitiert. Unser Ziel ist es, der Verständigung zwischen den Arbeitern beider deutscher Staaten zu dienen.

Wir sprechen für die Millionen Bürger unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates, die ihre Ausbeuter und Peiniger, die Schuldigen an zwei Weltkriegen, überwunden haben und in fleißiger, oftmals opferreicher Arbeit auf deutschem Boden den Sozialismus errichten. Unsere Partei ist sich der Verantwortung bewußt, die sie als führende Partei des deutschen Staates trägt, in dem das werktätige Volk die Macht ausübt.

Die Bürger der DDR können sich ein Urteil über die Lebensfragen unseres Volkes bilden. In unserem Staat verfügt das Volk selbst über Presse, Rundfunk und Fernsehen, während in Westdeutschland die Instrumente der Information und Meinungsbildung von den Monopolen beherrscht und zur Desinformation mißbraucht werden.

Wie sollen sich die Mitglieder und Anhänger der SPD, die westdeutschen Bürger ein eigenes Urteil bilden, wenn der Wortlaut der Briefe der SED selbst in den der SPD nahestehenden Zeitungen bisher völlig unzureichend veröffentlicht wurde? Nicht zu reden von der Massenpresse des Springer-Konzerns, die das Gespräch zwischen SED und SPD Tag um Tag entstellt und so die Auffassungen unserer Partei der großen Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung unterschlägt. Das spricht nicht gerade für Informationsfreiheit und auch nicht für den wünschenswerten Einfluß der SPD auf die öffentliche Meinungsbildung in der Bundesrepublik.

Der von beiden Parteien für notwendig erachtete „Austausch von Argumenten über die Kernfragen der deutschen Politik“ wird leider vor allem dadurch erschwert, daß der Parteivorstand der SPD auch in seiner letzten Stellungnahme der Beantwortung der von uns zur Diskussion gestellten Grundfragen ausweicht.

Frieden und Sicherheit der Menschen in Ost und West aber verlangen Antwort auf die Fragen: